

**Kommunales Finanzbündnis**  
**der Landkreise Oberberg, Rhein-Berg und Rhein-Sieg**  
c/o Stadt Overath, Hauptstr. 25, 51491 Overath, kfg@overath.de

Herrn  
Armin Laschet, MdL  
Landesvorsitzender NRW-CDU  
Postfach 101143  
40002 Düsseldorf  
Fax: (0211) 884-3602

Herrn  
Christian Lindner, MdL  
Bundesvorsitzender FDP  
Postfach 101143  
40002 Düsseldorf  
Fax: (0211) 884-3656

2. Juni 2017

### **Kommunale Finanzreform**

Sehr geehrter Herr Laschet, sehr geehrter Herr Lindner,

wir, ein parteiübergreifendes Bündnis von kreisangehörigen Kommunen im Bergischen Land, beglückwünschen Sie zu Ihrem Wahlsieg und freuen uns über Ihr Bekenntnis zur Zukunftsfähigkeit des Landes. Durch geeignete Vorschläge und Initiativen möchten wir Sie dazu bewegen, die desolate finanzielle Situation vieler Kommunen zu verbessern, um sie vor dem Finanzkollaps zu bewahren, damit die staatlichen Angebote vor Ort nicht weiter zusammenbrechen. Mittelfristig wollen wir uns zu einem Bündnis aller Kommunen in NRW im Bereich Finanzen und Haushalt weiterentwickeln.

An einigen Beispielen zeigt sich die ungenügende Leistungsfähigkeit unseres Landes aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung, unter der seine Kommunen seit Jahren massiv leiden:

- NRW-Kommunen waren Ende 2015 mit 62 Mrd. EUR verschuldet und schoben fast 27 Mrd. EUR Kassenkredite vor sich her – mit steigender Tendenz.
- In den letzten zehn Jahren haben sich die kumulierten Defizite der Kommunen auf 7,4 Mrd. EUR aufsummiert. Ihnen fehlen jährlich ca. 740 Mio. EUR, um keine weiteren Defizite mehr anzusammeln.
- Nicht einmal sieben Prozent der Kommunen in NRW weisen derzeit einen regelgerechten Haushaltsausgleich auf.
- Kommunen in NRW nehmen bundesweit Spitzenpositionen bei der Grundsteuer B ein.

Diese beunruhigende Situation wird verstärkt durch latente Risiken, die wie ein Damoklesschwert über dem Land schweben, wie eine Abschwächung der Konjunktur und damit Rückgang der Steuereinnahmen, das Ende der Tiefzinsphase und damit einhergehend ein höherer Schuldendienst oder zusätzliche Ausgaben für die Flüchtlingsintegration und die sozialen

Sicherungssysteme. Ihr jüngster Beschluss, den Kommunalsoli abzuschaffen, bringt insbesondere die schwächsten, in der Regel die kleineren kreisangehörigen Kommunen in akute Gefahr, wenn nicht über eine grundlegende Finanzreform ein Ausgleich geschaffen wird.

Wenngleich andere Sachthemen den Wahlkampf bestimmt haben, sind wir dankbar für die eindeutigen und zuversichtlich stimmenden Aussagen, die Ihre Parteien zur Zukunft der Kommunen in ihren jeweiligen Wahlprogrammen gemacht haben. Mit den Forderungen nach einer strukturellen Reform der kommunalen Finanzen haben Sie die herausragende Bedeutung der Städte und Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger richtig eingeordnet: Vor Ort spielt die Musik, vor Ort muss sie auch bezahlt werden – aber bitte von demjenigen, der sie bestellt hat!

Ihre Gemeinsamkeit zur Frage einer fairen Gemeindefinanzierung kommt im Entschließungsantrag der beiden Landtagsfraktionen von CDU und FDP vom 15.2.2017 ebenso zum Ausdruck wie in den Wahlprogrammen, wie der Vergleich des Abschnitts zur Kommunalen Finanzreform in beiden Programmen zeigt:

#### **Regierungsprogramm der CDU für NRW 2017-2022 (Auszug)**

- *Das Bekenntnis zum Konnexitätsprinzip: Das Land muss Aufgaben, die es den Kommunen zuweist, vollständig, konsequent und zeitnah finanzieren.*
- *Wir werden den kommunalen Finanzausgleich so regeln, dass unsere Kommunen finanzielle Spielräume erhalten, die sie eigenverantwortlich nutzen können.*
- *Wir stärken die Investitionskraft und Selbstverwaltung der Kommunen durch eine Dynamisierung der bestehenden Investitionspauschalen und werden diese zu einer nicht zweckgebundenen verstärkten allgemeinen Investitionspauschale weiterentwickeln.*
- *Wir werden die sogenannte Einwohnerveredelung im Gemeindefinanzierungsgesetz unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben zentraler Orte prüfen.*

#### **Landtagswahlprogramm der FDP für NRW 2017 (Auszug)**

- *Ausgabenprogramme des Bundes und des Landes auf Kosten der Kommunen müssen ein Ende haben. Wer bestellt, soll auch bezahlen.*
- *Die Kommunen benötigen auskömmliche Finanzierungsgrundlagen und geeignete Rahmenbedingungen, um sich von ihren teilweise erdrückenden Schuldenlasten befreien zu können. Entscheidungen der EU, des Bundes oder des Landes dürfen zukünftig nicht mehr dazu führen, dass Städte und Gemeinden immer neue Kredite aufnehmen müssen.*
- *Wir setzen uns dafür ein, den Kommunen eine kommunale Mindestfinanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Diese soll ihnen ermöglichen, sowohl ihre Pflichtaufgaben als auch einen Grundstock an freiwilligen Leistungen zu erbringen. Die Mindestfinanzausstattung muss frei von konjunkturellen Schwankungen und landesseitigen Bedingungen sein.*
- *Die über Jahrzehnte praktizierte „Politik des goldenen Zügels“ muss ein Ende haben. Unsere Kommunen brauchen keine komplizierten Förderprogramme, mit denen die Landesregierung sie in ihrem Sinne beeinflussen will. Wir wollen den Kommunen lieber insgesamt höhere Pauschalen für die lokale Ebene zur Verfügung zu stellen.*

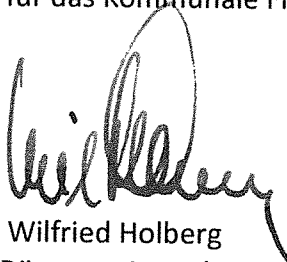
Mehr Übereinstimmung geht nicht! Deshalb: Machen Sie die Reform der kommunalen Finanzen zu einem zentralen Regierungsthema für die Zukunftsfähigkeit des Landes! Wenn Ihre programmatischen Versprechen Eingang in den Koalitionsvertrag finden und in der kommenden Legislaturperiode entschlossen angepackt und in die Tat umgesetzt werden, können die Kommunen mittelfristig wieder einer besseren Zukunft entgegensehen. Sprengen Sie die Ketten der Kommunen, dann schalten Sie Nordrhein-Westfalens Schlusslichter aus!

Mit freundlichen Grüßen

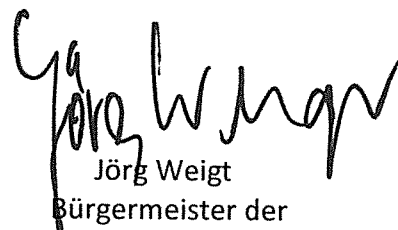
Stellvertretend für das Kommunale Finanzbündnis



Norbert Büscher  
Bürgermeister der  
Gemeinde Much  
(Rhein-Sieg-Kreis)



Wilfried Holberg  
Bürgermeister der  
Stadt Bergneustadt  
(Oberbergischer Kreis)



Jörg Weigt  
Bürgermeister der  
Stadt Overath  
(Rhein.-Bergischer Kreis)